

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 90 (1996)
Heft: 11

Rubrik: Zeichen der Zeit : Grundwerte und Interessen in der SP Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

Grundwerte und Interessen in der SP Schweiz

Die Leserinnen und Leser erinnern sich: 1993 liess die Parteileitung der SP Schweiz ein «Wirtschaftsprogramm» erarbeiten, das in den Neuen Wegen zu recht kritischen Kommentaren Anlass gab. Kritik kam ebenfalls von der Parteibasis, die nicht zulassen wollte, dass dieses allzu pragmatische Papier, das sich selber «Wirtschaftsfreundlichkeit» attestierte, an die Stelle des Grundsatzprogramms von 1982 treten würde. Die Vernehmlassung in den Sektionen hatte zur Folge, dass der Entwurf schon vor dem Juni-Parteitag 1994 in bescheidenere «Vorschläge der SP Schweiz zur Wirtschaftspolitik für die Jahre 1994–2005» umbenannt wurde. Die Parteileitung zeigte auch Verständnis für die Notwendigkeit einer Grundsatzdiskussion über die Ziele des demokratischen Sozialismus, sodass die Kritik am Wirtschaftspapier verstummte und der Hoffnung auf eine weiterführende «Grundwertedebatte» wich.

Seither ist in dieser Sache nicht nur nichts geschehen, wenn es nach den Vorstellungen des Präsidenten und des Generalsekretärs der SP Schweiz ginge, bestünde auch gar kein Bedürfnis mehr nach einer Verständigung über die Grundwerte innerhalb der Partei. Wer halt «nach Macht» strebe, dem passe «eine unter Umständen langwierige Theoriedebatte über die künftige Ausgestaltung eines demokratischen Sozialismus nicht ins Konzept», argwöhnt nicht nur die NZZ (2./3.11.96).

«Politik vorab Austragung unterschiedlicher Interessen»

Im Maiheft 1994 der Neuen Wegen tröstete uns der Präsident der SPS auf die bevorstehende Programmdiskussion. Die damalige Zusicherung erschien umso

glaubwürdiger, als auch im verabschiedeten Wirtschaftspapier zu lesen stand: «Die SP will eine aktive Beteiligung aller an der Debatte über Kapitalismus, Sozialismus und alternative Wirtschaftssysteme auch und gerade im Rahmen der beginnenden Programmdebatte. Sie muss möglichst rasch und unter Einbezug der Parteibasis in einem Leitbild ein eigenes Konzept erarbeiten. Dieses soll die *Grundwerte eines demokratischen Sozialismus* enthalten, aufzeigen, wie der Kapitalismus überwunden werden soll, und wie ein für breite Volksschichten unseres Landes attraktiver Sozialismus konkret aussieht.»

Nachträglich liest man alles anders. In der Roten Revue 1/96 haben Peter Bodenmann und André Daguët einen *Artikel zur Lage der Linken* in der Schweiz veröffentlicht und darüber den triumphalistischen Titel gesetzt: «Parteipolitisch gibt es links als Machtfaktor nur mehr die SP». Es gebe, sagen die beiden Protagonisten des Wahlerfolgs vom Vorjahr, «konzeptionell in Europa keine relevante Massenpartei, die heute linker, ökologischer und feministischer daherkommt als die SP Schweiz». «Wer sich links definiere», wisse eh' schon, welches unsere Zukunftsaufgaben seien. Genannt werden: «sozialere Schweiz», «ökologischer Umbau», «Rechte der Frauen», «mehr direkte Demokratie», «Beitritt in die EU» und «Halbierung der Kosten des EMD». Es sei deshalb «relativ wenig sinnvoll, lange über Grundwerte und Programme zu diskutieren». Die Linke vergesse – «auch im Rahmen von Theorieheften» – allzu leicht: «Politik ist vorab die Austragung unterschiedlicher Interessen.»

In der SP gilt offenbar das gebrochene Wort. Die Reduktion von Politik auf blosse Interessen führt die Partei aber auch poli-

tisch in die Irre. Genossinnen und Genossen *leben nicht von Interessen allein*. Würden sie es, dann fiel die Partei auseinander. Was hält Frauen und Männer, Jung und Alt, Staatsangestellte und Armutsbetroffene, Selbständigerwerbende und Gewerkschafter zusammen? Nur ein Interesse und nicht vielmehr die gemeinsame Grundüberzeugung von einer gerechteren Gesellschaft? Dass die vielen Angehörigen der Mittelschicht, Lehrkräfte, Sachbearbeiter, Kader staatlicher Verwaltungen, bereit sind, die Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ohne davon unmittelbar betroffen zu sein, ist ein Zeichen nachhaltiger Solidarität, das die SP nicht gering veranschlagen sollte. Ich vermute, dass viele von ihnen auch mit einem ethischen Anspruch SP wählen. Von einigen war zu hören, sie vermissten am erwähnten Wirtschaftspapier Antworten auf sie unmittelbar betreffende *ethische Fragen*. Sie möchten nicht ein von Nationalräten für Nationalräte geschriebenes Papier vorgelegt bekommen, sondern zum Beispiel wissen: «Wie konsumiere ich umweltbewusst und drittweltverträglich? Gibt es Produkte, die ich nicht kaufen, Firmen, die ich boykottieren sollte? Wie lege ich mein Geld an, damit nicht Dinge damit passieren, die ich nicht verantworten kann?»

Bodenmann/Daguet berufen sich auf «das Beispiel der SPD», der die Grundwertediskussion mangels «konkreter Konzepte» auch nichts gebracht habe. Ganz anderer Meinung ist der Präsident der ehemaligen Grundwertekommission der SPD, *Erhard Eppler*. Er schreibt in seiner Autobiographie: «Ich glaube nicht, dass eine linke Volkspartei zusammenzuhalten ist ohne verbindliche programmatische Grundlagen.» Eppler hebt insbesondere die Integrationsleistung dieser Kommission angesichts der «Polarisierung der siebziger Jahre» hervor. Allerdings spricht er auch von «Führungsfiguren, für deren Profilierung jedes Programm hinderlich ist – es sei denn, sie hätten es selbst entworfen». Und: «Narzissmus und Volkspartei gehen nicht zusammen, zumindest nicht lange.»

Richtig an der Kritik von Bodenmann/Daguet ist nur, dass die Verständigung über

gemeinsame Grundwerte nicht genügt, sondern dass diese, um Wirkung zu haben, einem Konkretisierungs- und Umsetzungsprozess unterliegen. Darum müsste eine *ständige Kommission* geschaffen werden, die einerseits die Verwirklichung der Grundwerte verfolgen und andererseits die eigenen Ergebnisse alle paar Jahre aufgrund der gemachten Erfahrungen und der immer neu geführten Diskussionen überarbeiten würde. So hat sich Peter Bodenmann in den Neuen Wegen die weitere Auseinandersetzung über das Wirtschaftspapier vorgestellt. Auch dieser Vorschlag scheint aus Abschied und Traktanden gefallen zu sein. Er wäre auf die Grundwertedebatte durchaus übertragbar.

Eine Grundwertepartei geht aber auch von einem *anderen Politikverständnis* aus als Bodenmann/Daguet. Sie fragt nicht nur nach den Interessen, die Politik tatsächlich bestimmen, sondern auch nach dem Gemeinwohl, das Politik bestimmen soll. Selbst wenn Politik als Interessenkampf verstanden würde, so wäre immer noch nach der Legitimität der jeweiligen Interessen zu fragen. Welche haben den Vorrang, diejenigen des Kapitals, das nur noch um Shareholder Value kreist, oder diejenigen der Arbeit, die dabei wegrationalisiert wird? Die *Neoliberalen und Neokonservativen* sind klug genug, ihre Angriffe auf den Sozialstaat nicht mit ihren Interessen zu begründen, sondern mit ihren «Grundwerten», die sie auf Eigenverantwortung und zwischenmenschliche Hilfe beschränken. «Soziale Gerechtigkeit» wird hier als «Schlagwort des Sozialismus» bekämpft (F. A. von Hayek). Umso schlimmer, wenn auch die Linke mit «sozialer Gerechtigkeit» nichts mehr anzufangen weiss. Das Letzte, was der Sozialdemokratie widerfahren dürfte, wäre diese Besetzung der Grundwertedebatte durch die rechtsbürgerliche Kritik am Sozialstaat.

«Genug Feuerkraft zum halben Preis»

Dass die SP schon heute am fehlenden Bewusstsein von gemeinsamen Grundwerten leidet, zeigen ganz konkrete Beispiele.

Wird selbst ein so zentraler Grundwert wie die *Menschenwürde* antastbar, so ist durchaus nicht immer klar, wo die Partei steht. Wie lange zierte sie sich doch mit allerlei «taktischen Überlegungen», als es darum ging, das Referendum gegen die fremdenfeindlichen Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht zu ergreifen. Gegenüber der Entwicklung in den Biotechnologien wirkt die SP orientierungslos. (Auch dem Positionspapier «Pränatale Diagnostik» zuhänden des nächsten Parteitags fehlt die Verankerung in einem breiten Grundwertekonsens.) Behinderte Menschen werden in den programmatischen Papieren der Parteileitung regelmässig vergessen.

Zweifel sind auch erlaubt, ob die SP noch eine Friedensbewegung ist. Die Halbierungsinitiative wird so sehr auf ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Aspekt verkürzt, dass der Grundwert des *Friedens* zu kurz und die Initiative deshalb vermutlich nicht einmal zustande kommt. In der SP-Broschüre «Sparen beim Militär» (Fakten und Argumente 3/95) wird die Armeehalbierung weit mehr als «Revitalisierungsprogramm» für die Wirtschaft denn als Abrüstungsschritt in Richtung Frieden vorgestellt. Unter Berufung auf den «international anerkannten Sicherheitsexperten Lutz Unterseher» heisst es: «Massive Kürzungen sind ohne Abstriche bei der militärischen Leistungsfähigkeit möglich.» Zum Glück blieb uns 1995 der Wahlslogans erspart, der in der Parteileitung die Runde machte: «Lean-Army: Genug Feuerkraft zum halben Preis»...

Gerechtigkeit wäre ein weiterer Grundwert, der gleiche Partizipationschancen am gesellschaftlichen Reichtum und an den Entscheidungen in Politik und Wirtschaft beinhalten würde. Im Katalog linker Zukunftsaufgaben von Bodenmann/Daguet fehlt jedoch die gerechtere Verteilung der Einkommen und Vermögen. Auch Mitbestimmung in der Wirtschaft ist hier kein Thema mehr. Und was heisst Partizipation am politischen Gemeinwesen? Staatsbürgerliches Engagement oder «Kundendienst» im Sinne eines neoliberalen New Public Management?

«Optimistisch, dass der Kapitalismus funktioniert»

Am Wirtschaftspapier der SPS wurde vor allem kritisiert, dass es den Kapitalismus zwar als «sozial, ökologisch und geographisch blind und zerstörerisch» analysiere, trotzdem aber in den nächsten zwölf Jahren keine Möglichkeit und kein «Konzept» sehe, um ihn zu überwinden. Wer jedoch den Sozialismus einem Moratorium unterwirft, gewöhnt sich nur allzu leicht das Denken in Alternativen ab. Das führt dann zu Aussagen des Parteivorsitzenden wie: «Die Löhne und Renten müssen wieder steigen, damit die notwendige Nachfrage den Kapitalismus in der Schweiz belebt» (NZZ, 21.12.95). Oder: «Ob man die AHV künftig finanzieren kann, hängt vom Wirtschaftswachstum ab. Ich bin optimistisch, dass hier der Kapitalismus funktioniert» (FACTS, 21.12.95).

Was als «Optimismus» daherkommt, ist im Grunde *Fatalismus*, der das kapitalistische System weiter wachsen und wuchern, Unrecht und ökologische Zerstörung gewähren, immer mehr Menschen verelenden lässt. Eine Grundwertedebatte würde da andere Zeichen, auch solche des Widerstandes, setzen. Wären die Grundwerte klar, so wäre es wohl auch der Vorrang der Arbeit vor dem Kapital statt des herrschenden Vorrangs des Kapitals vor der Arbeit. Der Markt wäre kein Mittel zum Zweck der Gewinnmaximierung, sondern, wenn überhaupt ein Wert, dann ein Instrumentalwert im Dienste des Gemeinwohls, von diesem her nicht nur begründet, sondern auch begrenzt. Grundwerte können gewiss nur im Rahmen des real Möglichen verwirklicht werden. Was aber das real Mögliche ist, wissen wir erst, wenn wir das Unmögliche wagen und nicht vertagen.

Die verdrängte Grundwertedebatte hat ihren Preis. Statt durch den kleinen Machtzuwachs bei den letzten Wahlen schon übermütig – um nicht zu sagen überheblich – zu werden, sollte die SPS ihre Defizite offenlegen. Sie würde damit einem weiteren Grundwert entsprechen, demjenigen der *Glaubwürdigkeit*.